

# Leseprobe

## 2. Zuwanderung

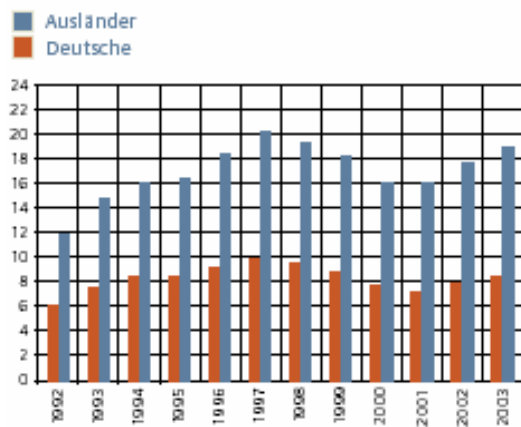
### Verschwendete Potenziale

Deutschland ist schon lange Einwanderungsland. Seit in den 1950er Jahren die ersten „Gastarbeiter“ in Industriebetrieben eingestellt und oft in provisorischen Barackensiedlungen untergebracht wurden, ist die Zahl der Migranten stetig angestiegen. Heute leben hierzulande knapp 7,5 Millionen Ausländer, also Menschen mit ausländischem Pass. Der Anteil von Menschen mit „Migrationshintergrund“ – also mit gerechnet all jene, die einen deutschen Pass besitzen, aber im Ausland geboren sind oder von zugewanderten Eltern abstammen, ist doppelt so hoch. Im Jahr 2050 könnten Migranten die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

Diese Entwicklung stellt die Parole „Wir sind kein Zuwanderungsland“, die bis in die späten 1990er Jahre die Wahrnehmung der Politik bestimmt hat, geradezu auf den Kopf. Bei der Einwanderung hält Deutschland einen Spitzenplatz: Nach den Vereinigten Staaten leben bei uns in absoluten Zahlen gemessen weltweit die meisten Migranten.

Anders aber als in den Vereinigten Staaten, die sich – trotz immer wieder kehrender ethnischer Spannungen – historisch als „melting pot“ begreifen, wo jeder Fremde zumindest im Prinzip seine eigene Chance erhält, wo gerade Immigranten mit besonderer Dynamik zur Wirtschaftskraft beitragen, die Wissenschaftslandschaft bereichern und der frische Einfluss fremder Kulturen immer wieder Trends von globaler Sogkraft entfaltet, ist Immigration in Deutschland keine Erfolgsgeschichte. Im Gegenteil. Die Bundesrepublik profitiert von einem Teil ihrer Bevölkerung nicht in dem Maße, wie es möglich wäre. Wir verschwenden ein großes Potenzial menschlicher Fähigkeiten. Denn ein stetig wachsender Teil der nach Deutschland Zugewanderten lebt in problematischen Verhältnissen. Eine überdurchschnittlich hohe Zahl von ihnen ist auf staatliche Unterstützung angewiesen. Mehr als doppelt so viele Ausländer wie Deutsche sind arbeitslos oder von Sozialhilfe abhängig. Viele stehen der deutschen Gesellschaft fremd gegenüber und schotten sich von ihr ab. Sie haben heute deutlich geringere Chancen, Bildung zu erwerben und am Wohlstand teilzuhaben.

Arbeitslosenquoten für Westdeutschland und Westberlin in Prozent, 1992 bis 2003



Die Arbeitslosigkeit von Ausländern liegt seit langem über jener der Einheimischen. Aber sie vergrößert sich mit jeder Wirtschaftskrise – ein Zeichen dafür, dass die häufig ungelerten Ausländer vom Stellenabbau im Produzierenden Gewerbe überproportional betroffen sind.

Längst hat sich eine neue Unterschicht von sprachlich, kulturell und ökonomisch kaum am Leben der Mehrheitsbevölkerung beteiligten Personen gebildet. Waren die eigentlichen Gastarbeiter noch über ihren Arbeitsplatz eingegliedert, so verschlechtert sich diese Aussichten für ihre Nachkommen zusehends. Berufliche Perspektivlosigkeit und brach liegende Energie bahnen sich häufig in Kriminalität einen Weg: Ausländer stellen ein Viertel aller Tatverdächtigen in Deutschland dar – weit mehr als es ihrem reinen Bevölkerungsanteil nach zu vermuten wäre.

## Zuwanderung wider Willen

Die heutige Situation hat ihre Wurzeln in der deutschen Ausländerpolitik der letzten fünf Jahrzehnte. Bereits der einst gewählte Begriff „Gastarbeiter“ spiegelt das Ziel wieder, die „Fremden“ möglichst schnell wieder zurück zu schicken, sobald ihre Hilfe nicht mehr benötigt wird. Noch 1964 forderte der damalige Kanzler Erhard die Deutschen auf, länger und härter zu arbeiten, um weniger auf Gastarbeiter angewiesen zu sein.

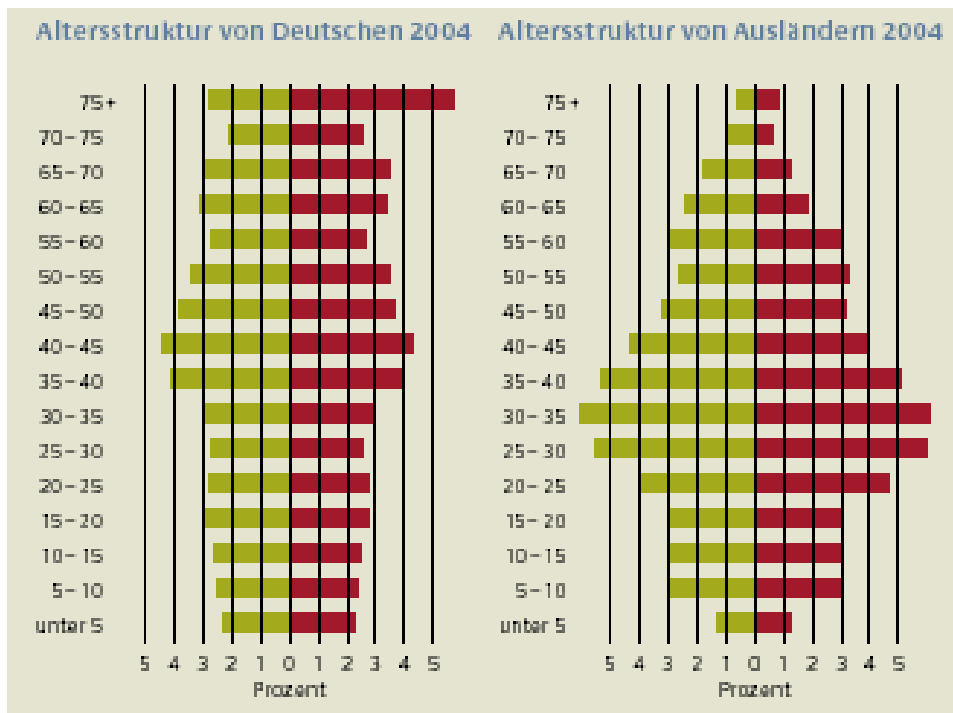
Diese Phase der Ausgrenzung endete allmählich, als in Folge der Rezession nach der ersten Ölkrise der 1970er Jahre ein Anwerbestopp für Gastarbeiter erging und stattdessen immer mehr Menschen durch Familiennachzüge ins Land kamen. Waren die eigentlichen Gastarbeiter entsprechend den Bedürfnissen der Industrie ausgewählt worden, folgte der Nachzug etwa von Familienangehörigen nun ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. Eine dritte Periode der Immigration begann mit dem massiven Anstieg der Asylantenzahlen in den 1980er und frühen 1990er Jahren, wo etwa in Hamburg schwimmende

Wohncontainer als „Asylantenheime“ im Hafen verankert wurden, um die Massen von Neuankömmlingen unterzubringen. Migranten wurden in diesen Wohnstätten von der einheimischen Bevölkerung isoliert; ihren Kindern war der Schulbesuch teilweise untersagt. Immer noch galt die Devise: „Wir sind kein Einwanderungsland“ – obwohl die Bundesregierung gleichzeitig den Zustrom deutschstämmiger Menschen aus Osteuropa massiv unterstützte. Allein seit 1990 kamen 2,4 Millionen Aussiedler ins Land. Diese galten (bis heute) mit Grenzübertritt als Deutsche, während für Nicht-Deutschstämmige, selbst, wenn sie schon lange im Lande lebten, komplizierte Auflagen und Wartezeiten angewendet werden (und zum Teil auch mit dem neuesten Ausländerrecht weiter gelten).

Weiterhin erfolgte die Zuwanderung, ohne zu prüfen, ob für all diese Menschen auch Platz auf dem Arbeitsmarkt war. Gleichzeitig blieb das Gemeinwesen tolerant gegenüber Neuankömmlingen: Wer nach Deutschland kam, hatte je nach Herkunftsland und Aufenthaltstitel vielfach weitgehende materielle und persönliche Rechte, aber kaum Pflichten. Die „multikulturelle“ Gesellschaft forderte nichts, in vielen Fällen nicht einmal Respekt gegenüber den Gepflogenheiten der neuen Heimat.

Nach der Verschärfung des Asylrechts in den frühen 1990er Jahren begann die letzte, gegenwärtige Phase der deutschen Ausländerpolitik mit dem Bekenntnis der rot-grünen Bundesregierung zur Einwanderung. Zaghaft wurde ein Kontingent von „Green Cards“ für ausländische Fachleute der IT-Branche bereitgestellt. Eine „Green Card“ gab es allerdings nur unter hohen Auflagen, zugleich berechtigte sie selbst erfolgreiche Zuwanderer nicht zu einem wirklich langfristigen Aufenthalt. Auch die letzte Novelle des Staatsbürgerschaftsrechtes im Jahr 2004 konnte sich, vor allem aufgrund von Widerständen der damaligen konservativen Opposition, nur in Teilen vom deutschen Sonderweg lösen, der traditionell die Staatsbürgerschaft nur dem zuerkannte, der nach dem „Ius sanguinis“ „deutsch-blütiger Abstammung“ war.

Diese jüngste Phase der Zuwanderung fällt mit dem Bewusstsein zusammen, das die Öffentlichkeit allmählich für die demografische Epochenwende gewinnt. Ganz ohne Migranten würde Deutschlands Bevölkerung bis 2050 um etwa 28 auf rund 54 Millionen sinken und gleichzeitig noch stärker überaltern als ohnehin. Ein Zufluss von – qualifizierten – Arbeitskräften ist also bereits aus rein wirtschaftlichen Erwägungen unabdingbar.



Die hier lebenden Ausländer sind für den deutschen Staat eigentlich ein Geschenk: Sie sind jünger als die alteingesessene Bevölkerung und sie bekommen mehr Kinder, bieten also genau das, was die demografische Krise entschärfen könnte. Mangelnde Integration macht allerdings aus dem Geschenk einen Problemfall: Weil Ausländer etwa doppelt so häufig arbeitslos und von Sozialhilfe abhängig sind wie Deutsche sind sie zu einem Kostenfaktor für das Gemeinwesen geworden.

Obwohl das Umdenken begonnen hat: Der Zuzug von Fremden gilt in der deutschen Politik als Problem, nicht aber als Potenzial – und Probleme versucht man einzudämmen, während sich Potenziale ausschöpfen ließen. Diese Auffassung bestimmt heute die Situation der Ausländer in Deutschland. Wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung hat die ablehnende Haltung gegenüber der Immigration eine Reihe von schwer entwirrbaren Problemkomplexen geschaffen. Weil Einwanderung nicht erwünscht war, haben Politiker einige der entscheidenden Faktoren, die für eine gelingende Integration unabdingbar sind, außer Acht gelassen. Vor dem Hintergrund der Versäumnisse der Vergangenheit fällt es schwer, eine positive Generationenbilanz für das Jahr 2050 zu prognostizieren.

Dabei ist Integration für die Zukunft Deutschlands ein Schlüsselthema. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund (nicht der Zahl der „Ausländer“) wird selbst bei sinkender Einwandererzahl aufgrund der Altersstruktur und der tendenziell höheren Fertilität von Zugewanderten weiter steigen. Probleme, die Viele heute noch als Randphänomene einiger Großstädte wahrnehmen, könnten dann weite Teile des Landes erfasst haben. Eine falsche Politik nach bisherigem Muster kann die Gesellschaft somit massiv destabilisieren. Fortdauernde Integrationsprobleme können zu einer immer größeren Belastung für

den Staatshaushalt werden. Durch die schlechten Schulleistungen der Migrantenkinder geht der Wirtschaft eine große Zahl von potenziell qualifizierten Arbeitskräften verloren. Obwohl Unternehmen von etwa 2015 an mit einer demografisch bedingten Abnahme an qualifizierten Mitarbeitern zu kämpfen haben, werden die heute schlecht ausgebildeten jugendlichen Migranten diese Lücken nicht füllen können. Es besteht daher ein direkter Zusammenhang zwischen den Fragen, wie gut in unserem Land Integration gelingt und wie hoch die Renten im Jahr 2050 sein werden.

**Die Studie ist im Buchhandel erhältlich, oder online bestellbar unter:**

[www.oekom.de/buecher/buchprogramm/politikgesellschaft/archiv/buch/untermstrich.html](http://www.oekom.de/buecher/buchprogramm/politikgesellschaft/archiv/buch/untermstrich.html)